



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Oktober 2022

Unser neuer Landesvorstand

Erstaunlich entspannt wirken die „Neuen“ nach zweiinhalb Tagen Parteitag mit heftigen Diskussionen und einigen seltsamen Vorkommnissen. (Sabine und Thomas mittig in der zweiten Reihe, Christoph hinten 2.von rechts; Foto: Harald Singler)

Unter dem Strich gibt es einen neuen Vorstand, der besser zusammenarbeiten und auch uns an der Basis mehr einbeziehen will als der bisherige (siehe Sofortinfo auf Seite 2).

Der auf dem Parteitag beschlossene Leitantrag für die kommenden zwei Jahre hängt dieser Ausgabe des MitteN Mang an.



Redaktionsschluss für die November-Ausgabe:
Freitag, 28.10.2022

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Der neue LaVo/Sofortinfo	S. 2
Demo Frieden! Abrüstung!	S. 3
Mietendemo	S. 4
Sozialbündnis gegründet	S. 5
Solidarität hilft!	S. 6
Politisches Frühstück	S. 7
Nachklapp Birkwald-Veranstaltung	S. 7
Protestcamp Sylt geräumt	S. 8
Preise deckeln	S. 9
Debatte: Abgrenzung gegen rechts	S. 10
Termine / Kontakt	S. 13

Unser neu gewählter Landesvorstand

Geschäftsführender Landesvorstand

Landessprecherin: Sabine Ritter
Landessprecher: Thomas Iwan
Landesschatzmeister: Julian Georg
Landesgeschäftsführer: Christoph Timann

Vorstandsmitglieder aus den Bezirksverbänden

Kolja Rosemann (BV Altona)
Wolfgang Bruhn (BV Bergedorf)
Gernot Wolter (BV Eimsbüttel)
Eric Golbs (BV Harburg)
Marinus Stehmeier (BV HH-Mitte)
zurzeit nicht besetzt (BV HH-Nord)
Jan Rübke (BV Wandsbek)

Weitere Vorstandsmitglieder

Daniela Ahrens-Bötel
Christiane Albrecht
Rhia Baguley
Regine Brüggemann
Antje Conteh (Mitte)
Heike Faust-Benecke
Romina González Arancibia
Suzana Kamperidis
Natascha Wilhelmi

Vorstandsmitglied aus dem Jugendverband

Artur Brückmann

Sofortinformation des neuen Landesvorstands

Landesvorstandssitzung / 20. September 2022 22.09.2022

Liebe dem Herbst der Solidarität entgegenie-
bernde Genoss:innen!

Am 20. September haben wir, der neu gewählte Landesvorstand, uns in unserer ersten Sitzung getroffen, nachdem wir am 10. und 11. September beim Landesparteitag gewählt wurden. Und es soll auch gleich losgehen – der Landesverband wird sich an mehreren großen Demonstrationen in Hamburg aktiv beteiligen. Unten findet ihr den Link zu unserem Mobilisierungsdoodle für den heißen Herbst.

Wir haben beschlossen:

- Wir beteiligen uns gut sichtbar am Klimastreik am 23.9.22 und verteilen dort rote Äpfel und reichlich linkes Infomaterial.
- Wir unterstützen das Hamburg Mietenstopp-Bündnis finanziell und politisch für die für den 8. Oktober geplante Mietenstopp-Demo. Heike Sudmann haben wir beauftragt, bei der Demo für DIE LINKE zu sprechen.
- Wir beteiligen uns am Bündnis für die Krisenproteste-Demo am 29. Oktober und bringen uns aktiv in die Vorbereitung ein.
- Wir organisieren und finanzieren eine Exkursion zur Ausstellung „Streik! Fotogeschichten von Arbeitskämpfen“ am Fr. 30.9.22, um 15 Uhr.

Mehr Infos zur Ausstellung findet ihr hier:
shmh.de/de/ausstellung-streik

- Wir bereiten die Gründung einer Awareness-Kommission vor.

Mobilisierungsdoodle:

Wir wollen dies alles mit möglichst vielen von Euch machen! Bitte tragt Euch ein und überzeugt andere auch, mitzumachen. Wenn Ihr Euch mit Namen und Bezirk eintragt, können wir Euch auch zu noch stattfindenden Vorbereitungsbasteltreffen o.ä. einladen. Hier könnt ihr euch eintragen:

<https://cloud.die-linke-hh.de/index.php/apps/polls/s/5isTHtcqkDc2o3Lf>

Arbeit und Sitzungen des Landesvorstands:

Alle Infos über den Landesvorstand findet ihr hier:
www.die-linke-hamburg.de/partei/landesvorstand.
Unsere nächste Sitzung ist am Mi, 5.10.22, um 18:30 Uhr
(in der Landesgeschäftsstelle und zugleich per Zoom).

Solidarische Grüße,

Christoph Timann

Landesgeschäftsführer

Demonstration Frieden! Abrüstung! Keinen Wirtschaftskrieg! - 1.10.2022 in Hamburg

Liebe Genossinnen und Genossen aus dem Bezirksverband Hamburg-Mitte, am 1. Oktober findet im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages in Hamburg eine große Demonstration unter dem Motto statt "Frieden! Abrüstung! Keinen Wirtschaftskrieg, der die Menschen in den Ruin treibt!" Zu den Rednerinnen und Rednern auf der Auftakt- und auf der Abschlusskundgebung werden unter anderem gehören: Vertreterinnen und Vertreter der Friedensbewegung (darunter vom Internationalen

Peacebüro, aus Hamburg, Hannover und Lübeck), Akteure aus der Klimabewegung, aus Jugendverbänden, Gewerkschaften, sozialen und Mieterinitiativen. Auf der Abschlusskundgebung tritt zudem unsere Genossin Özlem Demirel, Abgeordnete im Europäischen Parlament auf. Zur Teilnahme mobilisieren auch etwa 20 Gruppen aus der norddeutschen Friedensbewegung. (Aufruf im Anhang) Die Demo wird gleichzeitig den "Heißen Herbst" für Hamburg einleiten.

Informationsstand zur Mobilisierung für die Demo am 1.10.2022

Der Bezirksvorstand Die LINKE Hamburg Mitte hat beschlossen als Beitrag zur Mobilisierung dafür einen Informationsstand durchzuführen. Dieser wird stattfinden ...

am Montag, den 26.09.2022

16 bis 18 Uhr

vor der Rindermarkthalle St. Pauli
Neuer Kamp 31, 20539 Hamburg
Direkt neben der U Bahn Haltestelle Feldstraße

Wir bitten euch um eine Unterstützung bei diesem Infostand.

Hier findet ihr den Aufruf und Plakate des Hamburger Forums für die Demonstration:

Flugblatt und Material Hamburger Forum

Norddeutsche Gruppen und weitere Gruppen aus der Friedensbewegung mobilisieren mit diesem Aufruf:

KEINEN EURO FÜR KRIEG UND ZERSTÖRUNG!

Stattdessen Milliarden für eine soziale, gerechte
und ökologische Friedenspolitik!
Stoppt den Krieg!
Verhandeln statt Schießen!

Aufruf norddeutsche Gruppen

Beide Aufrufe gibt es auch in gedruckter Form. Wer selbst in seinem Stadtteil Infostände oder Verteilaktionen durchführen möchte, dafür Flugblätter oder Material benötigt, wendet sich bitte an den Bezirksvorstand:

info@die-linke-hamburg-mitte.de

Euer Bezirksvorstand Die Linke Hamburg-Mitte

Demonstration:
**FRIEDEN!
ABRÜSTUNG!**

Keinen Wirtschaftskrieg, der die
Menschen in den Ruin treibt!

Bundesweiter Aktionstag
Samstag, **1. Oktober**
12:00 Uhr
Altonaer Bahnhof
Offenser Hauptstraße

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.
www.hamburgerforum.org
V.i.S.d.P.: Andreas Grünwald, c/o Hamburger Forum, Dillstraße 600, 20537 Hamburg

Mietenstopp jetzt! Wir zahlen nicht für eure Profite!

Start des Herbstes der Solidarität in Hamburg am 8.10.2022

Überall explodieren die Preise und das nicht erst seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine. Egal ob Lebensmittel, Energiepreise oder Mieten – beinahe zweistellige Inflationsquoten erschweren das Leben der Arbeitnehmer_innen und Transferleistungsbeziehenden.

Die Bundesregierung unternimmt nichts in dieser Situation, im Gegenteil: Mit der angekündigten Gasumlage stellt sich die Ampel auf die Seite der Unternehmen und begünstigt jene, die durch die steigenden Gaspreise dicke Profite einfahren. Auch die lachhaft niedrigen Einmalzahlungen sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Was wir brauchen, ist ein Herbst der Solidarität. Die Linke muss sich an die Spitze der sozialen Bewegungen stellen und durch breite Bündnisarbeit sowie starke Präsenz während der aufkommenden Proteste Druck auf den Senat und die Bundesregierung aufbauen!

Für viele Menschen ist es angesichts der steigenden Energiepreise vor dem Wintereinbruch fünf vor zwölf. Auch unser Landesverband ruft dazu auf, sich am 8.10.2022 um fünf vor zwölf (11:55 Uhr) an der Kundgebung des DGB vor



dem Besenbinderhof zu beteiligen. Der DGB fordert eine gerechte Verteilung der Krisenkosten in der Gesellschaft.

Anschließend beginnt um 13 Uhr die Mietenstopp-Demonstration am Berliner Tor. Es handelt sich um einen bundesweiten Aktionstag und die Initiatoren in Hamburg sind die beiden Mietervereine unserer Stadt. Allerdings hat sich auch ein breites Bündnis aus linken Organisationen und Initiativen angeschlossen. Forderungen sind unter anderem ein sofortiger Mietenstopp und die Vergesellschaftung von großen Wohnungskonzerne.

Sowohl der DGB als auch das Mietenstopp-Bündnis distanzieren sich klar von Rechten und Verschwörungsgläubigen. Genau so gelingt ein solidarischer Herbst mit linker Kritik und sozialen Forderungen!

Patrick Walkowiak



Impressionen vom Parteitag:
Marinus am Rednerpult, Foto: Harald Singler

Das Leben muss bezahlbar sein! Bündnis will sozialpolitischen Protest organisieren

Am 14. September trafen sich knapp 70 Menschen aus über 40 Organisationen, (Stadtteil-)Initiativen, Vereinen und Gewerkschaftsgliederungen zur Bildung eines großen sozialpolitischen Bündnisses. Seither sind weitere Gruppen/Organisationen hinzugekommen.

In Stadtteilen und Betrieben und mit vielen kleinen und manchen großen Aktionen/Demonstrationen auf der Straße will das Bündnis dafür kämpfen, dass das Leben für alle bezahlbar bleibt (bzw. bezahlbar wird); dafür, dass ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle hier lebenden Menschen durchgesetzt wird. Denn die sozialen Folgen der Coronapandemie sind noch längst nicht bewältigt, da treffen eine galoppierende Inflation und die Energiekrise eine rasant wachsende Zahl von Menschen. Den Ärmsten drohen Hunger und Kälte, sie müssen um ihre Existenz fürchten – sie können die Preissteigerungen nicht durch Rücklagen kompensieren. Aber selbst Menschen, die bisher ihr Auskommen fanden, geraten in Bedrängnis. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Zuzahlungen für Familienangehörige in Pflegeeinrichtungen – bis vor kurzem mit ca. 2.000 € monatlich ohnehin sehr hoch – schießen gerade durch die Decke, Erhöhungen von 1.000 € und mehr sind keine Ausnahmen mehr. Da schmilzt Ersparnis wie Schnee in der Sonne.

Im 3. Entlastungspaket der Bundesregierung ist nicht jede Maßnahme falsch, z.B. ist die Ausweitung des Wohngeldes ein richtiger Schritt, der allerdings erst im nächsten Jahr erfolgt. Doch das Gesamtpaket ist durch ein riesiges Problem gekennzeichnet: Es entlastet die Armen kaum. Auch die auf Rentner:innen und Studierende ausgeweitete Einmalzahlung reicht zum Ausgleich höchstens ein, zwei Monate. Arbeitslose, die vor dem 1.1.22 arbeitslos geworden sind, erhalten nicht mal die Einmalzahlung. Die Umwandlung von Hartz IV in ein „Bürger:innengeld“ deckt ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht ab - der Paritätische fordert die Erhöhung der Grundversicherung auf 678 €.

Auf der anderen Seite verweigert die Bundesregierung die Einführung einer Übergewinnsteuer,

die die Krisengewinnler treffen würde. Und das Entlastungspaket entlastet vor allem die Besserverdienenden, die den größten Teil des 65 Mrd. Euro-Pakets erhalten. So hat das DIW ausgerechnet, dass 70% der zehn Milliarden Euro der Entlastung der kalten Progression den oberen 30 Prozent zugutekommen. Statt „Wer hat, der gibt“ scheint die Losung des Entlastungspakets „Wer nichts hat, der kriegt auch wenig, doch wer hat, der kriegt“ zu sein.

Dagegen will das Bündnis den Protest organisieren. Bei seiner Konstituierung herrschte regelrecht Aufbruchstimmung. Es bildeten sich verschiedene Arbeitsgruppen. Stadtteilinitiativen wollen ihre Arbeit vernetzen. Den IG-Metaller:innen, die sich in einem Tarifkampf befinden, wurde Unterstützung zugesagt (die allerdings noch konkret werden muss). Und für den 29. Oktober mobilisiert das Bündnis zu einer Großdemonstration.



Impressionen vom Parteitag:
Christiane am Redepult, Foto: Harald Singler

PS. Das Bündnis richtet sich ausdrücklich nicht an rechte Kräfte und will bei seinen Aktionen auch keine rechten Gruppierungen dabei haben.

Christiane Schneider

Solidarität hilft!

Solidarische Hilfe für Kolleg*innen in der Ukraine

Am 16.9.2022 konnten drei Paletten mit Hilfsgütern in Empfang genommen und zur Verladung nach Odessa in den Hafen transportiert werden. Dringend benötigte Hygieneartikel, Babynahrung, Salben und Vitamine, Strümpfe und vieles mehr werden in Kürze unseren Gewerkschaftskolleg*innen in Odessa übergeben werden können.

Wie kam es zu der Aktion des ver.di Landesbezirk Hamburg?

Der Gewerkschaftsrat hatte auf seiner Sitzung im März den Ukrainekrieg und seine Auswirkungen auf der Tagesordnung. Mit seiner Resolution für eine sofortige Beendigung des Kriegs, aber auch gegen den Aufbau des Sondervermögens für Rüstung und die damit verbundene Grundgesetzänderung haben wir uns eindeutig positioniert.

Auf der Sitzung des Gewerkschaftsrats war die Gewerkschaftssekretärin Olga L. zu Gast, die im März nach Berlin geflüchtet war und seither für ihre Gewerkschaft, die „Maritime Transport Workers Trade Union of Ukraine“ von Berlin aus arbeitet. Olga schilderte die Situation seit Kriegsausbruch und die Bedingungen, unter denen die Hafendarbeiter und Seeleute ihre Arbeit fortführen.

ihr Chef Oleg G. per Videoschaltung teil und wir konnten nach seinem Eingangsstatement länger mit ihm über die Situation, vor allem aber über seine Einschätzungen mit ihm diskutieren.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass ich bei der einen oder anderen Aussage von Oleg ein Störgefühl hatte. Regierungschefs sind für mich persönlich noch nie Helden gewesen. Unabhängig davon kann ich akzeptieren, dass auch Videokonferenzen unter Beobachtung stehen und ggf. zu unangenehmen Konsequenzen führen können, dass die Kriegssituation auch zu anderen Aussagen führt.



Die HelferInnen, 2. VI Doris;
Fotos: Doris Heinemann-Brooks

Ver.di Hamburg hat eine eigene Resolution im April verabschiedet. Den Kontakt zu Olga habe ich fortgeführt, intensiviert. Auf unsere erste Anfrage, ob und wie wir unseren Gewerkschaftskolleg*innen helfen könnten, gab es eine verhaltene Ablehnung. Erst nach mehreren Gesprächen, u.a. in vertraulicher Umgebung in Berlin, wurde zögerlich eingeräumt, dass Hygieneartikel und Babynahrung von Nöten seien.

Bevor wir im Sommer endlich unseren Spendenaufruf starten konnten, mussten diverse Hürden überwunden werden. Die bürokratische Herangehensweise, die zwar an vielen Stellen ihre Berechtigung hatte, hat mich vielfach an den Rand meiner Geduldsfähigkeit getrieben.

Unabhängig davon, befinden sich die Hilfsgüter nun auf dem Weg. Es ist dabei völlig unerheblich, wie wir oder wie ich persönlich den Krieg und seine Folgen einschätze, bewerte. Es ging immer nur um die persönliche Unterstützung von Men-



Die Hilfsgüterpalette vor dem Versand

Nach ihrer Rede hatte ich Gelegenheit, kurz mit Olga zu sprechen und sie zu einem Workshop des Fachbereichs „B“ in Hamburg (Öffentliche Dienstleistungen, maritime Wirtschaft, Luftverkehr...) einzuladen. An diesem Workshop nahm

schen, von Kolleg*innen, die unserer Solidarität, unserer Hilfe bedürfen.

Geld zu spenden ist eine anonyme Angelegenheit. Mir war es wichtig zu wissen, dass wir unsere Gewerkschaftskolleg*innen mit ihren Familien unterstützen. Oleg hatte nach der Videokonferenz in einer Mail an mich zum Ausdruck gebracht, wie gut es ihm getan habe, „die Familie“ (die Gewerkschaftsfamilie) zu sehen. Genauso ist auch unsere Aktion zu verstehen, als solidarische, direkte Unterstützung von Gewerkschafter*innen in Hamburg für Gewerkschafter*innen in Odessa.

Politische Einschätzungen bleiben bei dieser Aktion außen vor.

Seit 2014 wird die Arbeit der Gewerkschaften mehr und mehr behindert, seit Kriegsausbruch hat sich eine erhebliche Verschlechterung eingestellt. So wurde im März ohne Diskussion im Parlament ein Gesetz verabschiedet, dass massive Einschränkungen im Arbeitsrecht beschreibt. Angeblich sollen diese Einschränkungen nur für die Dauer des Kriegsrechts gelten, aber einmal ein-

geführt, wird es erheblicher Anstrengungen bedürfen, diese nach einem Ende des Krieges wieder außer Kraft zu setzen. Arbeitgeber dürfen einseitig Tarifverträge kündigen, Arbeitnehmer*innen darf wegen Abwesenheit gekündigt werden, wenn sie krank werden oder im Urlaub sind. Die wöchentliche Arbeitszeit darf auf 60 Stunden angehoben werden und Urlaubstage können gestrichen werden.

Die Regierung hatte den Gewerkschaften schon vor Kriegsausbruch mit einer totalen Entmachtung gedroht. Die aktuelle Situation beschleunigt dieses Vorhaben ohne zivile Gegenwehr.

Für uns wird es daher auch nach Ende des Krieges wichtig sein, unsere Gewerkschaftskolleg*innen in der Ukraine dabei zu unterstützen, ihre Rechte als freie Gewerkschaften zügig zurückzuerlangen.

Wir werden dabei im regelmäßigen Austausch bleiben und dafür sorgen, dass die solidarische Unterstützung nicht abreißt.

Doris Heinemann-Brooks

Politisches Frühstück in Wilhelmsburg



Am Sonntag (18.9.) habe ich in der Honigfabrik zum Politischen Frühstück eingeladen. Neben vielen Wilhelmsburger Genoss:innen kamen auch einige neue Gesichter und bei gemütlicher Frühstücksatmosphäre entstanden spannende Gespräche. Ich habe mich sehr über den Austausch gefreut. Wir haben diskutiert über unsere Arbeit und die Aufgaben im Stadtteil aber auch die sozialpolitischen Themen in der Stadt - von Inflation bis Mieter:innenschutz kamen auf den Tisch. Danke an alle, die da waren! Diese persönlichen Gespräche stärken mir sehr den Rücken für die stadtweiten Auseinandersetzungen.

Steffi Rose,
MdHBü aus Wilhelmsburg

Foto: BO Wilhelmsburg/Veddel

Nachtrag Veranstaltung mit Matthias W. Birkwald

Es war eine sehr informative Veranstaltung zum Thema Rente und Altersarmut, die deutlich mehr Publikum verdient gehabt hätte.

Hier auf der Webseite <https://www.die-linke-hamburg-mitte.de/partei/ag-seniorinnenpolitik-hamburg-mitte/veranstaltungen-der-ag-seniorinnenpolitik-hamburg-mitte/#c4412> gibt es ein paar Informationen zum Inhalt der Veranstaltung in Form von zwei Videos und der gezeigten Präsentation.

W.Strauß: AG Seniori*nnenpolitik DIE LINKE Hamburg-Mitte

Westerland/Sylt: Punks müssen ihr Protestcamp räumen

Trotzdem war es ein großer Erfolg für das ursprünglich von Juni 2022 bis Ende Oktober 2022 geplante Sylter Protestcamp, wie in der Ausgabe der MOPO vom 01.09.2022 auf S.28 (Rubrik Norddeutschland) berichtet wurde. Gegenstand des dortigen Berichtes war, dass das Protestcamp nun auf Drängen des Kreises Nordfriesland wegen der am 31.08.2022 endenden Duldung des Camps in Westerland/Sylt abgebaut werden musste. Jedoch vergisst dabei der Herr Robert Schlenker vom dort zuständigen Fachdienst Recht und Sicherheit in Westerland/Sylt, dass diese Aktion auf Sylt unter den Schutz des Grundgesetzes fällt.

Im ersten Abschnitt des Grundgesetzes, werden die Grundrechte aus Art.8 I GG gewährleistet. Bei der Versammlungsfreiheit handelt es sich um das Recht, sich ungehindert privat oder in der Öffentlichkeit friedlich ohne Waffen zu versammeln. Zu prüfen wäre nun die Fragestellung inwieweit in Art.8 II GG die Eröffnung des Schutzbereiches unter: **Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) - Schema (juracademy.de)** zu gewähren ist. Die Versammlung unter freiem Himmel ist als Verhältnismäßig aus Art.17 a GG i.V.m. Art.20 III GG zu betrachten und den Schutz der Bevölkerung sehe ich per se hier so nicht als beeinträchtigt, anders als die Behörden auf Sylt. Ich sehe diese Aktion nicht als Versammlung, sondern als eine zufällige Ansammlung von spontan mit dem 9,-€-Ticket aufgebrochenen Menschen, um auf Sylt den Sommer 2022 zu verbringen. Selbst wenn es nächtlichen Lärm gegeben haben soll, stellt dieser zwar schon aus § 117 I OWiG eine Ordnungswidrigkeit dar, jedoch handelt es sich dabei noch lange nicht um Landfriedensbruch aus § 125 I StGB. Auch eine ungehörige Handlung hier z.B. durch angebliches öffentliches Urinieren, wie es gerne von der Polizei aus § 119 I Nr.1 und Nr.2 OWiG angeführt wird, fällt hierbei in den Schutzauftrag der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Das Urinieren in der Öffentlichkeit fällt sogar unter den Schutz der Menschenwürde aus Art.1 GG. Sie zu schützen aus Art.1 III GG binden das Rathaus Sylt und den Kreis Nordfriesland als ausführende Gewalt eben gerade auch an dieses Grundrecht. Das Urinieren gehört zur Menschlichkeit und dem Menschsein. Art.1 GG ist nicht einschränkbar.

Es geht nämlich hierbei in kapitalistischer Weise seitens der InselbewohnerInnen um den Schutz der Hoteliers und RestaurantbesitzerInnen, da diese nun wohl befürchten, dass es nun zukünftig



einen Delegierte aus Mitte beim Parteitag: Wolfgang, Nora, Patrick und Berno Foto Harald Singler

neuen Trend geben könnte, quasi für relativ wenig Geld Urlaub auf Sylt machen zu können, so dass die GastronomInnen dann nicht mehr ihre teuren Speisen und Getränke Gästen servieren können. Mit anderen Worten heißt es aber auch: "Wir wollen hier auf Sylt solche Leute erst gar nicht haben, die nur wenig Geld haben." Aber das geht wiederum so schon einmal ganz und gar nicht. Einen Anspruch der GastronomInnen und VermieterInnen von Ferienwohnungen auf Sylt, dass jeder UrlauberIn eine solche teure Bude mieten muss, leitet sich aus dem Grundrecht auf Eigentum aus Art.14 GG so nun gar nicht ab. Selbstverständlich ist es zulässig sich auf Sylt als Camper auch nur aus dem Supermarkt oder von eigens dafür mitgebrachten Speisen und Getränken zu verköstigen. Was glauben die da eigentlich auf Sylt wer sie sind? Ich sehe diese Sylt 2022 Aktion als eine sehr gute und lustige gut gelungene Aktion von Jörg. Die Armut kann heutzutage ja schließlich jeden einmal treffen. Klar, es ist ja auch allgemein bekannt, dass KapitalistInnen fast ausschließlich an sich selbst denken und auch an ihren eigenen Vorteil. Deren Ziel soll ja auch die Maximierung des Gewinns sein. Es sollten ruhig weiterhin derartige Aktionen stattfinden, um auf den Neoliberalismus, gerade auf Sylt aufmerksam zu machen. Zukünftig werden die Reichen nicht mehr nur unter sich sein, sondern die Ärmeren werden sie vielleicht öfters besuchen kommen. Es kann und darf so einfach nicht mehr weitergehen wie bisher. **Roberto Perez Hagen**

Roberto hatte mir einen Scan der MoPo-Ausgabe, die oben erwähnt wird, mitgeschickt, leider kann WORD aber PDF-Dateien nicht direkt ins Layout einbinden. Daher auch meine regelmäßige Bitte um .doc oder .txt-Dateien. besel

Gesetzlich geregelte Preise für alle Lebenshaltungskosten!

Nicht nur für Lebensmittel und Getränke, sondern auch für Strom, Gas, Heizöl, für die Wohnungsmieten (kalt und warm) bedarf es nun gesetzlicher Höchstgrenzen. Auch für die Abgabe von Kraftstoffen an den Tankstellen sind nun gesetzlich geregelte Preise notwendig. Die Steuern und Abgaben auf Kraftstoffe, Strom und Gas sind exorbitant zu hoch. Nur so kann einer Inflationswelle vorgebeugt werden.

Es bringt ja nichts, wenn die Preise so rasant weiterhin ansteigen wie derzeit. Das alles ist nun inzwischen zu einem Fass ohne Boden geworden. Ebenso muss es auch eine kostenlose Nutzung des ÖPNV geben. Jetzt durch den Wegfall des 9,-€-Tickets wurden ja die Fahrkarten wieder exorbitant teuer. Genau das ist ja auch der Grund, warum so viel schwarzgefahren wird. Es gibt eben immer mehr und mehr von Armut betroffene Menschen, die sich die Nutzung des ÖPNV schlichtweg finanziell nicht mehr leisten können und so gezwungen werden, durch zu hohe HVV-Preise weiterhin „schwarz“ fahren zu müssen, weil deren Einkünfte vorne und hinten nicht mehr ausreichen, um auskömmlich leben zu können.

Alles ist aus Art.20 I GG und Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG abzuleiten. Die Höhe der Preise und Kosten werden derzeit marktwirtschaftlich durch Angebot und Nachfrage gesteuert. Aus Art.1 III GG sind jedoch auch alle anderen daran gebunden. Es gibt aber wiederum keinen Anspruch auf „Ausbeutung der Armen durch die Reichen“. Jedoch läuft es aber dennoch so, wie es gar nicht sein darf. Ich sage einmal so, dass sich z.B. ein kostenloser ÖPNV durchaus aus Art.1 III GG, Art.20 I GG und Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG ableiten ließe. Dadurch sollen ja normalerweise sozial abgefederte und zudem auskömmliche Lebenshaltungskosten möglich sein. Der Ist-Zustand entspricht hier jedoch leider bei weitem nicht dem geforderten Soll-Zustand. Von daher muss durch völlig neue sozial gerechte Politik dieser fehlende Soll-Zustand dringender denn je hergestellt werden; als das Ziel in der zukünftigen Armutsbekämpfung. Denn es scheint sich hier im Land ganz allmählich etwas zu verändern. Es demonstrieren inzwischen sogar schon die RentnerInnen gegen die Armut und gehen auf die Straße im Rahmen der Versammlungsfreiheit. Es müssen neue und

wirksamere soziale Sicherungssysteme her. Die Ärmere sind zukünftig stärker als bisher zu unterstützen in all ihren Belangen. Mögliche kommende zukünftige soziale Ungerechtigkeiten und auch Unruhen müssen so verhindert werden. Das Prinzip des Sozialstaates, aufbauend auf der sozialen Gerechtigkeit, bildet neben der Garantie auf Menschenwürde sowie der Menschenrechte aus Art.1 GG die Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die Staatsziele Menschenwürde, Menschenrechte und Sozialstaatlichkeit genießen im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG. Das bedeutet, dass diese verankerten Grundrechte nicht durch das Parlament geändert oder aufgehoben werden können. In Art. 20 Abs. 1 GG steht zum Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes geschrieben: Der Sozialstaat dient in Deutschland dazu, benachteiligte BürgerInnen, wie z.B. finanziell Benachteiligte, Kranke oder anderweitig schutzbedürftige Personen zu unterstützen. Es muss dringender denn je ein Paradigmenwechsel her, um dem Neoliberalismus zukünftig stärker denn je entgegenwirken zu können. Wir brauchen eine neue Sozialstaatscharta. Denn alle neuen zu erlassenen Gesetze sind auf ihre Sozialstaatlichkeit zu überprüfen. Als Beispiel sei hier das bisherige ALG 2 zu nennen, was einer der größten Fehler gewesen ist. Einen Abbau des Sozialstaats wie in den 1990er-Jahren als Deregulierung, darf es zukünftig so nie wieder geben. So wie es derzeit läuft ist es nicht im Sinne des Erfinders. Das neue Bürgergeld ab 2023 wird auch weiterhin den Betroffenen nicht allzu viel bringen. Es entspricht nicht dem Sozialstaatsprinzip. Es wird in den nächsten Jahren wohl nicht mehr besser werden mit der Teuerungsrate. Es sollte eine Lösung her, um für Entlastungen zu sorgen und den Preissteigerungen entgegen zu wirken. Inwieweit das neue dritte Entlastungspaket wirkt, weiß bislang noch niemand. Es scheint so zu sein, dass es wohl versäumt wurde, bereits 2020 vorzusorgen für derartige Dinge, so wie diese jetzt eingetreten sind.

Roberto Perez Hagen

Warum der 1.10. nicht der Auftakt für den heißen Herbst sein kann

Die zahlreichen Aufrufe des Hamburger Forums für Frieden und Völkerverständigung (im weiteren Verlauf HF) waren kaum zu übersehen da sie quasi spamartig und teilweise mehrfach über wirklich jeden Verteiler unseres Landesverbandes verschickt wurden. Trotz der Eigendarstellung der Initiator_innen, kann der 1. Oktober nicht der Auftakt des heißen Herbstes sein. Zwei Gründe spielen für mich dabei eine wesentliche Rolle:

Zunächst einmal sind die explodierenden Preise das Thema der Stunde und nicht die weltweiten kriegerischen Auseinandersetzungen. Selbstverständlich sind Kriege schrecklich und ihre Auswirkungen wesentlich schlimmer als Inflation. Dennoch eignet sich das Thema nicht, um eine Mobilisierung über linke Gruppierungen und die Friedensbewegung hinaus zu garantieren. Viele Menschen protestieren eben erst, wenn die Lage für sie selbst unerträglich wird. Zwar haben die internationalen Sanktionen gegen die Russische Föderation sicherlich ihren Anteil an den steigenden Preisen, diese jedoch als monokausale Erklärung für die Verschlechterung der Lebensverhältnisse zu verwenden, wäre nicht nur viel zu einfach, es wäre schlichtweg falsch. Darüber hinaus finde ich es äußerst relativierend ein Embargo mit dem Gebrauch des Wortes „Wirtschaftskrieg“ einem Krieg gleichzusetzen und gerade von der Friedensbewegung sollte man eine gewisse Sensitivität gegenüber dieser Thematik voraussetzen.

Zweitens gab es während des Anti-Krieg-Tages eine Szene, die bis heute nicht vom HF aufgeklärt wurde. Ich zitiere hier die Mail eines Genossen: „Hallo, ein Teil dieses Berichts und der Einschätzungen gingen über den internen Mail-Verteiler des „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ und sollten eigentlich auch dort bleiben. Da sie inzwischen aber weitere Kreise gezogen haben, habe ich den Bericht überarbeitet und aktualisiert. Es ist immer noch mein persönliches Statement und nicht das des HbgR:

+++++

„Als ich am 01.09.2022 bei der Auftaktkundgebung ankomme sind direkt hinter dem Lautsprecherwagen zwei Autos geparkt, die an Polizeiautos erinnern, mit großen Aufklebern "Friedensfahrzeug". Jede(r), der/die in den letzten Jahren auch nur ein einziges Mal die Aufmärsche der Corona-Leugner beobachtet oder die Medien verfolgt hat, weiß, dass dies nicht Fahrzeuge der Friedensbewegung sind, sondern der Verschwörungsgläubigen. Die Fahrzeuge standen dort die

ganze Auftaktkundgebung lang, an der Demonstration haben sie nicht teilgenommen. Der Moderator der Demo behauptet, man hätte die Teilnahme an der Demo untersagt. Warum das nicht gleich geschah und ob der Verweis auch die Insassen betraf, entzieht sich meiner Kenntnis.

Dann bemerke ich am Rande eine sehr prägnante Gruppe, die offensichtlich zusammen gehört, fast alle mit gelben Westen und "Ordner"-Aufdruck oder Binde ausgestattet, davon einer mit dem Hinweis, dass er Anwalt sei. Wahrscheinlich sind es die Insassen der obigen Fahrzeuge. Obwohl auch den Veranstaltern vom Hamburger Forum (HF) und dem Moderator Andreas Grünwald bekannt ist, dass Rechte versuchen werden, Friedensdemos zu infiltrieren, spricht niemand diese auffällige Gruppe an. Wahrscheinlich will man auch gar nicht wissen, wer da gemeinsam mit einem demonstriert. Oder schlimmer noch, es sind die offiziellen Ordner*innen des HF. Später wird durch Antira-Info öffentlich gemacht, dass dies bekannte Organisator*innen der rechten Querdenken-Aufmärsche sind. Auf Nachfrage machte Andreas bis heute keine Angabe dazu, ob diese Personen offizielle Ordner*innen waren. https://twitter.com/antira_info/status/1565461356131893248

Dann steigt ein Mann mit professioneller Video-Kamera auf den Lautsprecherwagen und filmt Grünwald bei seiner Rede. Entweder kennt Grünwald den Mann oder es ist ihm egal. Auf jeden Fall geschieht dies mit seinem Einverständnis. Dieser Mann darf dann auch die gesamte Demo mit allen Redner*innen und Teilnehmer*innen abfilmen, insgesamt mehrere Stunden. <https://www.youtube.com/watch?v=JUaL9FN7Ttl>

Später erfahre ich, dass dieser Mann Eliyah Tabere, genannt Eliyah Tee, heißt und ein extrem rechter Youtuber ist. Am letzten Wochenende hatte Tabere bei dem Sommerfest des neofaschistischen Magazins "COMPACT" von Jürgen Elsässer gefilmt - insgesamt 7 Stunden lang, inklusive aller Beiträge der anwesenden Faschisten von AfD bis NPD. Wohlgermerkt: Öffentlich-rechtliche Journalisten waren von der Berichterstattung ausgeschlossen, Tabere hatte die ausdrückliche Genehmigung von Elsässer auf dem abgesperrten Gelände zu filmen. <https://www.youtube.com/watch?v=7idmsielVHc>

Eliyah Tabere wurde schon mehrfach wegen seiner Berichterstattung von Youtube gesperrt. Im letzten Jahr wurde u.a. Eliyah Tabere von AfD-MdB Udo Hemmelgarn in den Bundestag eingeschleust um andere Bundestagsabgeordnete zu

bedrängen und zu beleidigen.

<https://www.belltower.news/abstimmung-ueber-infektionsschutzgesetz-rechtsalternative-youtuber-bedaengen-und-beleidigen-abgeordneten-im-bundestag-107367/>

Grünwald und andere haben mir jetzt unterstellt, ich hätte von Beginn an gewusst, wer der Youtuber ist, die Demoleitung nicht vorgewarnt um diese bewusst vorführen zu können. Das ist falsch, ich kannte Tabere da noch nicht und habe dies erst nachträglich recherchiert. Ich habe aber selbst diverse Demonstrationen geleitet, moderiert und veranstaltet und würde mich immer erkundigen, wer mich vom Lautsprecherwagen aus filmen möchte und bei Nichtkennen die Angaben überprüfen. Dank Google ist das heute ja sofort möglich.

Das Hamburger Forum hatte im Vorfeld keinerlei Erklärungen abgegeben, dass die Teilnahme von Rechten/Querdenkern am 1. September unerwünscht sei. Moderator Grünwald hat das vom Lautsprecherwagen aus auch nicht gemacht. Dabei ist die Problematik seit 2014/15 und dem sog. Friedenswinter bzw. Montagsmahnwachen bekannt. Andreas wurde damals schon der Vorwurf gemacht, er betreibe Querfrontpolitik. Nachzulesen auf:

[https://www.facebook.com/Emanzipation-statt-Querfront-1418605715114366.\[...\]](https://www.facebook.com/Emanzipation-statt-Querfront-1418605715114366.[...])

Stellungnahme

In dem obigen Artikel wird dem Hamburger Forum und unserem Schatzmeister Andreas Grünwald einiges unterstellt. Deshalb habe ich ihn um eine Stellungnahme zur Sache gebeten, die hier folgt:

Lieber Bernhard,

du stellst mir am Samstag (24.9.) einen verleumderischen Artikel von Patrick Walkowiak zu, den ich dann am Abend nach der Arbeit zufälliger Weise entdecke – und forderst mich dazu auf, auf diese Verleumdungen, ich oder das Hamburger Forum hätten etwas mit „rechten“ Gruppierungen zu tun, bis Sonntagmittag zu reagieren ...

Was ist das für ein Stil? Und ist dir nicht bekannt, in welcher Branche ich arbeite und dass das Wochenende für mich Hauptarbeitszeit ist?

Ich kann mich daher in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hier auch nur auf das faktische konzentrieren:

1. Das Hamburger Forum hatte bisher nichts mit „rechten“ Gruppierungen zu tun und wird auch künftig mit diesen nichts zu tun haben.

+++++

Problematisch ist hierbei nicht, dass ein Rechter bei einer Demonstration des HF's gesichtet wurde. Vielmehr ist es der fehlende Umgang des HF's damit. Auf eine Erläuterung, beziehungsweise eine Distanzierung wartet man seit drei Wochen vergebens. Solange das HF nicht Willens ist sich von Rechten und Verschwörungsgläubigen zu distanzieren, finde ich es unangebracht, dazu als Partei DIE LINKE. und generell als Linke dazu aufzurufen. Gerade um Diskussionen im Kontext der Demonstration in Leipzig im Keim zu ersticken, wäre eine solche Distanzierung angebracht. Des Weiteren gibt es auch die Möglichkeit antifaschistische Gruppen zur Kundgebung einzuladen, um eine ähnliche Szene am 1. Oktober zu verhindern. Die Auswahl der Ordner_innen kann auch dazu beitragen.

Solange das nicht geschieht läuft die Veranstaltung am 1. Oktober Gefahr, genau die Bilder zu produzieren, die wir unbedingt vermeiden sollten: Rechte und Linke Gruppen gemeinsam auf einer Demonstration. Um wirklich einen „heißen“ Herbst einzuleiten, braucht es Aktionen die von Solidarität getragen werden. Mit Rechten gibt es keine Solidarität. Deshalb Nein zur Querfront und Nein zu Veranstaltungen des HF's, solange es rechts-offen bleibt!

Patrick Walkowiak

2. Zur Demonstration am 1. Oktober rufen die unterschiedlichsten Gruppen auf. Zum Beispiel der Flüchtlingsrat Hamburg, Gewerkschaftslinker, etliche Friedensgruppen, Hamburger Mieterinitiativen, die DIDF, Aktive aus der Klimabewegung, linke Gruppen, mehrere Bezirksverbände der LINKEN, auch Gliederungen der VVN und etliche andere mehr. Von „rechten“ Aufrufen ist mir indes nichts bekannt. Entsprechend sieht es auch mit Rednerinnen und Rednern aus. Zu den Hauptrednern gehören beispielsweise Christof Ostheimer vom ver.di Landesbezirk Nord und unsere Genossin Özlem Demirel, Abgeordnete im Europäischen Parlament. Reden wird aber beispielsweise auch ein Geflüchteter.

3. Die Demonstration steht am Auftakt für einen heißen Herbst. Sie behandelt die Fragen, die unserer Meinung nach zusammengehören: Frieden, keine Waffenlieferungen, keine Sanktionspolitik, die Menschen in den Ruin treibt (genau so übr-

gens der Text des Bundesparteitagsbeschlusses), für Abrüstung, gegen die Preistreiberei der Energiekonzerne, für einen Preisstopp usw. Und entsprechend breit gestreut sind auch die Teilnehmenden, wie auch die Rednerinnen und Redner.

4. Rechte, also rassistische bzw. faschistische Inhalte, sei es in der Gestalt von Transparenten, sei in sonstiger Form, werden auf Demonstrationen des Hamburger Forums und generell der Hamburger Friedensbewegung nicht geduldet.

5. Der Autor dieses verleumderischen Artikels fühlt sich bemüßigt aus internen Mails und Briefen anderer Personen zu zitieren, aber ohne dem die Antwortschreiben hinzuzufügen. Allein dies ist schon eine bodenlose Unverschämtheit. Zur Sache: es ist richtig, dass sich bei der Antikriegstagsdemonstration eine uns nicht bekannte Person auf den Lautsprecherwagen geschlichen hat. Er tat dies mit einem gültigen Presseausweis. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass es sich dabei um eine dubiose Person handelte. Das Hamburger Forum hat deshalb beschlossen, dass künftig niemand mehr unsere Lautsprecherwagen betritt, der uns nicht bekannt ist. Ebenso absurd ist die Behauptung, dass während der Demo „Friedensfahrzeuge“ aus dubiosen Kreisen zugelassen worden wären. Fakt ist: diesen Fahrzeugen bzw. ihren Betreibern wurde die Teilnahme an der Demo untersagt. Sie hat deshalb auch nicht stattgefunden.

Ich verstehe dich ehrlich gesagt nicht, Bernhard, warum du solche verleumderischen Artikel veröffentlichst, denn dieser Artikel will ja nicht inhaltlich diskutieren, sondern er will einfach nur verleumden. Das ist auch der Grund warum da nun mein Name auftaucht. Ich rate von einer Veröffentlichung solcher Schmähschriften, die dazu geeignet sind andere Genossinnen und Genossen in den Dreck zu ziehen, grundsätzlich ab. Und egal von wem sie kommen. Gern bin ich indes dazu bereit jederzeit über Antifaschismus, den heißen Herbst, Friedensbewegung und die notwendige Abgrenzung gegenüber rassistischen und faschistischen Gruppen zu diskutieren. Solltest du dich doch und wider Erwarten aber dafür entscheiden diese Verleumdungen zu veröffentlichen, kannst du indes gern diesen Text / dieses Antwortschreiben dort mit aufnehmen. Aber für angebracht oder gerechtfertigt halte ich das ehrlich gesagt nicht. Denn irgendwo muss innerparteilicher Meinungsstreit auch Grenzen haben.

Wenn du diese Schmähschrift veröffentlichst, dann solltest du aber mindestens auch den Aufruf des Hamburger Forums für diese Demonstration mit veröffentlichen. Oder zum Beispiel den Aufruf norddeutscher Friedensgruppen (der ist kürzer). Dann kann sich doch jeder selbst ein Bild davon machen, ob das nun „rechts“ ist oder auch nicht. Ich verlinke sie dir weiter unten.

So jetzt muss ich wieder an die Arbeit.
Noch ein schönes Wochenende,
Andreas

In der Tat: Es mache sich jedeR sein/ihr eigenes Bild. Ich meine, die Debatte muss geführt werden. Es wäre allerdings schön, wenn die Wortwahl etwas gemäßigter ausfiele.

Bernhard

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Samstag, 01.10., 12 Uhr

Demonstration: **Frieden! Abrüstung!**
ab Altonaer Bahnhof (s. auch S. 3 + Anhang)

Dienstag, 04.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
neu: Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Samstag, 08.10., 11:55 und 13 Uhr

Kundgebung und Demo
Miete und Energiekosten deckeln!
DGB Haus/Berliner Tor (s. S.4)

Montag, 10.10., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 13.10., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 13.10., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
neuer Ort wird noch mitgeteilt

Mittwoch, 19.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 27.10., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
neu: Taverna "ROMANA", Schulterblatt 53
(Nebenraum)

Samstag, 29.10.

Geplant: Bündnisdemo, „**Das Leben muss bezahlbar sein**“
Genaueres folgt. (s.S. 5)

November 2022

Dienstag, 01.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 10.11., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 10.11., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
neuer Ort wird noch mitgeteilt

Mittwoch, 16.11. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 17.11., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
Taverna "ROMANA", Schulterblatt 53
(Nebenraum)

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer		
Jörg Otto	0163 8509508	
Norbert Weber		
Petra Zepter		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

KEINEN EURO FÜR KRIEG UND ZERSTÖRUNG!

Stattdessen Milliarden für eine soziale, gerechte
und ökologische Friedenspolitik!
Stoppt den Krieg!
Verhandeln statt Schießen!



DEMONSTRATION

zum bundesweiten Aktionstag am Sa., 1.10.22

Hamburg: ab 12:00 Uhr Bahnhof Altona

KEINEN EURO FÜR KRIEG UND ZERSTÖRUNG!

Stattdessen Milliarden für eine soziale, gerechte
und ökologische Friedenspolitik!
Stoppt den Krieg!
Verhandeln statt Schießen!

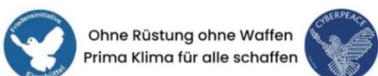
Für das Erreichen dieser Ziele verlangen wir Abrüstung statt Aufrüstung und die Abkehr von jeglicher kriegerischer Eskalation!

Wir rufen gemeinsam mit den bundesweiten Netzwerken „Bundesausschuss Friedensratschlag“ und „Kooperation für den Frieden“ die Bevölkerung auf, sich am bundesweiten dezentralen Aktionstag zu beteiligen und entschieden den Politikwechsel hin zu Frieden und Abrüstung zu fordern.

Wir fordern:

- Waffenstillstand und Verhandlungen - Waffenlieferungen eskalieren und verlängern den Krieg - nur Diplomatie, Dialog und Kooperation können den Krieg in der Ukraine und die Kriege überall auf der Welt beenden und weitere verhindern
- Gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Ukraine
- Keine 2% des Bruttoinlandsprodukts für den jährlichen Rüstungshaushalt sowie Umwidmung des 100 Milliarden Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung
- Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung
- Internationale Kooperation in Europa und weltweit als Grundlage für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit und zur notwendigen Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Armut
- Stopp der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzblockaden, unter denen die Menschen weltweit leiden

ZUR DEMONSTRATION rufen auf:



verhandeln-statt-schiessen.de

DIE LINKE Hamburg im Aufbruch für eine solidarische Zukunft

Wir erleben derzeit eine globale und hochkomplexe Mehrfachkrise, die wir als LINKE verstehen und in die wir an geeigneten Stellen eingreifen müssen: die Covid-19-Pandemie mit weit über 100.000 Toten allein in Deutschland, die weiterhin unbewältigte Klimakrise, eine Inflation von internationalem Ausmaß mit internationalen Ursachen, eine weltweite Verteilungskrise mit Zunahme von Hungernden und Verhungerten, verbunden mit Vertreibung und Migration. Allein die Coronakrise hat, von Krankheit und Tod abgesehen, für die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland, also auch in Hamburg dramatische Folgen wie den Abbau von demokratischer Teilhabe und der Wahrnehmung von Grundrechten sowie die abermals erweiterte Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich. Die Zahl der Hamburger Krankenhäuser ist derweil gesunken, Gesundheit ist einkommensabhängiger, die Beschäftigten sind überlasteter und sie verdienen real weniger. Die staatlichen Rettungsschirme haben vor allem größere Unternehmen gerettet, während Gruppen wie Soloselbständige, Rentner:innen, Minijobber:innen, Leistungsbezieher:innen und prekär Beschäftigte, aber auch Auszubildende, Student:innen und Schüler:innen sowie KiTa-Kinder nahezu komplett im Stich gelassen wurden. Und dies ist allein die unvollständige Bilanz einer Teilkrise!

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Europa in eine Mischung aus Schockstarre und militaristischem Aktionismus versetzt. Mit der Aufnahme eines Sondervermögens ins Grundgesetz haben SPD, Grüne, FDP, CDU/CSU und AfD dem Prinzip permanenter Aufrüstung Verfassungsrang verliehen. Die LINKE muss sich neuem globalem Wettrüsten mit aller Kraft entgegenstellen.

Die Nachwirkungen der Pandemie, Unterbrechungen globaler Lieferketten und die ökonomischen Verwerfungen im Zuge des Kriegs Russlands in der Ukraine sorgen für explodierende Preise. In Hamburg kommen die seit Jahren steigenden Mieten hinzu. Immer mehr Menschen sind von Verarmung bedroht, weil die Renten, Löhne und Sozialleistungen mit den aktuellen Preissteigerungen nicht mithalten. Unterstützt von Bundeskanzler Olaf Scholz fordern Vertreter:innen des Kapitals im Rahmen der „konzertierten Aktion“, die Beschäftigten sollten in laufenden Tarifverhandlungen von zu hohen Lohnforderungen Abstand nehmen, um eine „Lohn-Preis-Spirale“ zu verhindern. So würden aber nur Profiteure geschützt und die Kosten auch dieser Krise auf die Beschäftigten abgewälzt. Den extrem rechten Kräften wird mit der Verschärfung dieser Politik von Kapitalbegünstigung und Jeder gegen Jeden das Feld bereitet. Antifaschismus steht für den Kampf um soziale Egalität und Frieden.

Nazis raus aus den Köpfen – Antifaschismus, Frieden und soziale Gleichheit!

Wir wenden uns gegen die chauvinistische Ungleichheitshetze und Sozialdemagogie von AfD und anderen rechtsextremen Organisationen. Sie wollen von den Profiteuren der Krise ablenken und die sozialen Proteste in nationalistisches Fahrwasser kanalisieren. Sie sind Produkt verrohter bürgerlicher Verhältnisse und gleichzeitig deren Brandbeschleuniger. Wir kämpfen um die Köpfe und für eine solidarische und emanzipatorische Alternative von Frieden, sozialer Gleichheit und umfassender Demokratie. Den 8. Mai wollen wir als internationalen Tag der Befreiung, als Tag der Hoffnung auf eine Welt des Friedens und der Freiheit, überall zum lebendigen Feiertag machen.

SPD und Grüne sind sowohl im Bund als auch in Hamburg unfähig, angemessene Antworten auf die multiplen Krisen unserer Zeit zu finden. Sie halten daran fest, dass weder weitere Schulden aufgenommen noch effektive Reichensteuern und Vermögensabgaben eingeführt werden sollen. Damit treiben sie den Sozialstaat in den Bankrott. Die kriegsgerische Zuspitzung globaler Konflikte beantworten sie mit einem gigantischen Aufrüstungspaket in Höhe von 100 Milliarden Euro. Die Hilfspakete gegen die Auswirkungen der Inflation hingegen sind ebenso unzureichend wie die Investitionen in die ökologische Zukunft.

Deshalb braucht es die LINKE: Wir machen deutlich, dass es eine Alternative zur herrschenden Politik gibt. Wir setzen uns für eine auf Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit gerichtete

Verteidigungspolitik ein. Die Inflation wollen wir mit staatlichen Hilfsprogrammen abfedern, anstatt mit Lohnzurückhaltung und höheren Leitzinsen die nächste Wirtschaftskrise einzuleiten. Und selbstverständlich setzen wir uns dafür ein, dass endlich ein ökologisches Investitionspaket verabschiedet wird, das seinem Namen gerecht wird. Wir weisen mit konkreten Vorschlägen einen Ausweg aus den gesellschaftlichen Krisen und eröffnen als antikapitalistische Kraft eine Alternative zum vermeintlich grünen Kapitalismus und der in die Katastrophe führenden Ungleichheitsideologie der Rechten. Es braucht eine kämpferische und sozialistische LINKE, die sich nicht vor einer Konfrontation mit den Mächtigen in Politik und Wirtschaft fürchtet.

Inflationsfolgen abfedern, Sozialstaat stärken

Eine Inflationsrate von zuletzt fast 8 Prozent wertet die Einkommen und das Ersparte breiter Teile der Bevölkerung ab. Preissteigerungen von fast 40 Prozent bei den Verbraucher:innenpreisen für Energie und 11 Prozent bei Lebensmitteln treffen Normal- und Geringverdiener:innen in besonderer Weise. Die Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre sind allerdings weit davon entfernt, die Produktivitätszuwächse abzuhängen. Es ist ein Skandal, dass derzeit einige Konzerne kräftige Übergewinne einfahren, während die Hamburger Tafeln Aufnahmestopps verhängen mussten, weil zu viele Menschen bei der Beschaffung notwendiger Lebensmittel auf sie angewiesen sind. Angesichts der existenzbedrohenden Ausmaße der Preissteigerungen, insbesondere für Energie, Gas und Lebensmittel, müssen schnell weitere Maßnahmen ergriffen werden, um ein Abrutschen breiter Bevölkerungsteile in Armut zu verhindern.

Wir fordern:

- Einen Hamburger Mindestlohn in Höhe von mindestens 15,50 Euro.
- die Absenkung gesetzlicher Hürden zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen sowie ein verschärftes Vorgehen gegen gewerkschaftsfeindliche Praktiken (union busting), die Mitbestimmungs- und Streikrechte gefährden.
- Die deutliche finanzielle Entlastung aller Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen in Form eines sozialen Klimabonus und durch die sofortige Erhöhung der Sozialleistungen.
- Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets. Dabei müssen die Arbeitsbedingungen der Bahnbeschäftigten umfassend berücksichtigt werden: Es braucht sofort mehr Personal und einen größeren Fahrzeugpark!
- Ein Verbot von Strom- und Gassperren. Zusammen mit dem Verbot von Sperrungen muss ein bezahlbares Grundkontingent für Strom und Gas für alle gesetzlich garantiert werden. Über den Basisverbrauch hinausgehender Energieverbrauch sollte hingegen teurer werden.
- Finanzielle Unterstützung für kommunale Versorger, finanziert mit einer Übergewinnsteuer im Bund.

Stadtentwicklung und Wohnen

Steigende Mieten sind seit Jahren ein wesentlicher Kostentreiber für viele Haushalte und tragen damit maßgeblich zur Verschärfung sozialer Ungleichheit bei. Die Baupolitik des Senats ist gescheitert und wird den wichtigen Fragen dieser Zeit nicht gerecht. Seit Start des Wohnungsbauprogramms 2011 sind die Mieten in Hamburg um fast 30 Prozent gestiegen und ist der Bestand an Sozialwohnungen von rund 100.000 auf 77.000 zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der vordringlich Wohnungssuchenden mit 13.000 Haushalten fast verdoppelt, und immer mehr Menschen sind von Obdachlosigkeit betroffen oder leben in prekären Wohnverhältnissen.

Die Stadtentwicklung geht zunehmend auf Kosten von Grünflächen und damit auch von Umweltschutz. Investor:innen reißen Bestandsgebäude ab, um sie durch profitablere Neubauten zu ersetzen, als wenn es kein Morgen und keinen Klimawandel gäbe. Damit muss Schluss sein. Statt der bisherigen

"bauen, bauen, bauen"-Politik brauchen wir einen Wechsel hin zu "Mieten deckeln, sozial und ökologisch bauen, Wohnraum vergesellschaften" und fordern:

- Einen Mietendeckel: der für die städtischen Wohnungen von der SAGA sofort eingeführt werden kann und für dessen Anwendung bei privaten Wohnungen wir weiterhin auf Bundesebene kämpfen werden. In Kombination mit unserer Forderung nach einem Stopp für Energiesperren fordern wir den #WarmerMietendeckel, wie ihn auch die Kampagne „Deutsche Wohnen Enteignen“ in Berlin fordert.
- Eine nachhaltige Liegenschaftspolitik: die Stadt darf keine Grundstücke und Häuser mehr verkaufen und muss solche, die sich im Besitz großer profitorientierter Immobilienkonzerne befinden, mittels Enteignung oder Vorkaufsrecht vergesellschaften.
- Schaffung von mehr und vor allem langfristig bezahlbaren Wohnungen: in öffentlicher Hand und in der Hand gemeinnütziger Dritter durch Neubau und Vergesellschaftung, um alle Menschen in der Stadt gerecht mit Wohnraum zu versorgen.
- Eine ökologische Stadtentwicklung: die auf Bauen im Bestand statt Abriss und Neubau setzt und zunächst alle Wohnungsbaupotenziale auf bereits versiegelten Flächen ausschöpft, statt weitere Grünflächen zu zerstören.

Gesundheit

Die Frage nach Gesundheit und Krankheit ist in unserer Gesellschaft nicht allein die Frage nach einer guten oder schlechten Gesundheitsversorgung, sondern die Frage nach guten oder schlechten Lebensverhältnissen. Armut, Diskriminierung, die Erfahrung von Ungleichheit und mangelnder Teilhabe bestimmen entscheidend darüber, wie gesund Menschen sind oder wie sie in ihrer Gesundheit gefährdet werden. Deutlich wird es, wenn mehr arme Menschen an einer Corona-Infektion schwer erkranken oder wenn arme Menschen durch den Klimawandel stärker getroffen werden. Reiche Menschen werden signifikant älter als arme.

In den letzten Jahrzehnten hat es in der Gesundheitsversorgung große Fehlentwicklungen gegeben, die sich unter dem Stichwort Gesundheitsversorgung als Geschäftsfeld (Ökonomisierung) und Profitmaximierung zusammenfassen lassen. Diese Fehlentwicklungen haben sowohl die Gesundheitsversorgung für die Patient:innen verschlechtert als auch die Arbeitsbedingungen durch den massiven Personalabbau des Pflegepersonals. Wir setzen uns für eine gerechte und pandemiefeste Gesundheitsversorgung für alle ein und fordern:

- Die Überführung von Krankenhäusern in die Gemeinnützigkeit, z.B. durch Rekommunalisierung.
 - Die Einführung einer gesetzlichen bedarfsgerechten Personalbemessung.
- Diese Punkte stehen nicht einfach nur nebeneinander, sondern werden durch die zentrale Forderung nach Abschaffung der Fallpauschalen („DRGs“) miteinander verbunden. Denn einerseits wäre eine Rekommunalisierung für sich genommen kein Anlass zu großer Freude, wenn dann in den rekommunalisierten Krankenhäusern durch die Zwänge der DRGs die gleichen Übel entstünden. Andererseits braucht es eine Strategie, die Auseinandersetzung, um deren Abschaffung zu führen. Hier kommt die Forderung nach einer vernünftigen Personalbemessung ins Spiel: Diese Forderung der Krankenhausbeschäftigten ist besonders wirksam, weil sie diese nicht nur für sich selbst, sondern auch im Interesse ihrer Patient:innen aufstellen. Sie gerät außerdem in Konflikt mit der Logik der DRGs und greift die Verfügungsgewalt der Krankenhauskonzerne über die Krankenhäuser und die in ihnen beschäftigten Menschen an. Das geschieht durch Streiks für Entlastungstarifverträge. Die seit den Streiks in der Berliner Charité im Jahr 2015 angewendete Taktik stellt dabei eine bedeutende Neuerung dar. Die Streiks werden mit aktiver Beteiligung der Beschäftigten in allen Phasen der Auseinandersetzung, von der Forderungsaufstellung bis zum Tarifsabschluss, geführt. Das geschieht durch das System

der „Tarifberater*innen“. Drei Zutaten stellen eine brisante Mischung dar: Eine leicht vermittelbare Forderung, ein Konflikt mit der herrschenden Krankenhausfinanzierung (Fallpauschalen) und potenzielle Gegenmachtorgane, die über den Streik hinauswirken können. Diese Mischung hat das Potenzial zu einer Übergangsdynamik, die tatsächlich dazu helfen kann, die DRGs zu überwinden. Ein viertes Moment macht diese Mischung für andere Branchen interessant: Gelingt es den Krankenhausbeschäftigten in nennenswertem Umfang ihre Vorstellung von Personalbemessung durchzusetzen, kann das für anderer zum Vorbild werden, mit ähnlichen Möglichkeiten für Übergangsdynamiken.

Unsere Aufgaben als die Linke: Wir unterstützen die Entlastungsbewegung, wo wir können. Insbesondere nehmen wir dort, wo wir in den Krankenhäusern vertreten sind, unseren Einfluss wahr, Entlastungsstreiks auch in Hamburg zu führen. Von außen treten wir allen Diffamierungsversuchen der Arbeit“geber“ entgegen. Wir erklären überall den Zusammenhang zu den Fallpauschalen und werben für deren Abschaffung."

- Die Demokratisierung der Krankenhäuser durch Mitbestimmungsrechte des Personals und der Patient:innen.
- Die Altenpflege, Pflegen&Wohnen Hamburg GmbH (P&W), wurde von der Stadt fast zur gleichen Zeit wie die Krankenhäuser verkauft. Nach einem weiteren Verkauf gehört P&W heute dem Immobilienkonzern der Deutschen Wohnen SE. Eine Rekommunalisierung der Altenpflege und die Rückführung unter demokratische Kontrolle ist heute für die zu Pflegenden, die Beschäftigten und die Angehörigen notwendiger denn je.
- Die Einrichtung von kommunalen und gemeinnützigen Stadtteilgesundheitszentren, die eine wohnortnahe Versorgung bieten, die Menschen in ihren gesamten Lebensverhältnissen in den Blick nimmt und neben ärztlicher Versorgung auch Leistungen wie z.B. Sozial- und Rechtsberatung, Hebammenhilfe oder psychosoziale Beratung anbieten. Dies ist bereits zum Teil beispielhaft in der Poliklinik Veddel verwirklicht. Sogenannte „Gesundheitskioske“ als besonders niedrigschwellige Beratungsangebote sollten obligatorische Bestandteile der Gesundheitszentren werden.
- Die Etablierung und den Ausbau von aufsuchenden niedrigschwelligen Gesundheits- und Präventionsangeboten im Quartier durch die Gesundheitsämter, vergleichbar mit den „Gesundheitsfachkräften in Bremer Quartieren“.

Ökologie und Verkehr

Die gegenwärtige Politik in Hamburg und bundesweit reicht nicht einmal zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels. Die Klimakrise hat die Qualität einer endgültigen Krise, denn der kapitalistische Wachstumsimperativ lässt keinen Ausstieg aus der zerstörerischen Ressourcenausbeutung zu. Das Weiterleben der Menschheit hängt von solidarischen Antworten auf diese Krise ab.

Hamburg hat sein Ziel, die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu verringern, schon vor Jahren aufgegeben. Mit der jetzigen Politik wird auch das neue Ziel - 50 Prozent weniger bis 2030 - verfehlt werden. Im reichen Hamburg wird viel über Klimaschutz geredet, aber es wird wenig getan. Der immer weiterwachsende Verkehr beschleunigt den Klimawandel und schadet der Lebensqualität. Wir müssen es also schaffen, Menschen und Güter sicher an ihr Ziel zu bringen und gleichzeitig den Verkehr insgesamt zu verringern. Das ist möglich, wenn die Leute auf gemeinsame, öffentliche Verkehrsmittel umsteigen (können) und wir den Gütertransport vom LKW auf die Schiene verlagern.

Wir fordern:

- Die massive Ausweitung des öffentlichen Verkehrs: Für die nächsten zwei Jahre werden wir einen Fokus auf die Wiedereinführung der Straßenbahn legen. Die im Juni 2022 von der Bürgerchaftsfraktion vorgelegte Studie zeigt, welche positiven Effekte ein Straßenbahnnetz für die Erreichung der Klimaziele bis 2030 hat.

10. September 2022

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit, wie sie eine aus dem Deutschen Städtetag entstandene und von vielen Groß- und Kleinstädten unterstützte Initiative fordert. Hamburg verwehrt sich dem bisher.
- Die Umverteilung des Straßenraums zugunsten des Umweltverbunds aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr und den Ausbau einer sicheren Radinfrastruktur.
- Den Ausstieg aus der Kohlenutzung für die Wärmeversorgung bis 2026 und mittelfristig auch aus dem Erdgas. Der rasche Ausstieg aus der Kohle mit möglichst geringem Einsatz von fossilem Erdgas ist zwingend geboten. Eine Einfuhr von äußerst klimaschädlichem Fracking-Erdgas aus den USA als LNG muss verhindert werden.
- Die Abschaltung der Kohlekraftwerke Wedel (bis 2025) und Tiefstack (bis 2026).
- Den Ausbau des Schienennetzes im Fernverkehr, im Hafen und im regionalen Nahverkehr.
- Eine stärkere Fokussierung von Maßnahmen zur Klimaanpassung, um besonders vulnerable Gruppen vor den Folgen des Klimawandels besser zu schützen.
- Im Rahmen des vor dem letzten Parteitag einberufene „Arbeitskreis sozialökologische Transformation“ erarbeiten wir im Austausch mit Beschäftigten und Gewerkschaften Vorschläge für einen sozial-ökologischen Wandel der Wirtschaft.

DIE LINKE als offene Mitmachpartei stärken

Um die Gesellschaft zum Besseren zu verändern, müssen wir eine lernende Partei bleiben und auch uns selbst verändern. Wir müssen offener werden, damit sich alle willkommen fühlen und sich in unser gemeinsames Projekt einbringen können. Denn nur wenn wir mehr werden, werden wir in der Lage sein, unsere politischen Ziele umzusetzen. Hierzu ist es auch notwendig, unsere Strukturen zu hinterfragen, sie weiterzuentwickeln und nach außen mit einer Stimme zu sprechen! Die Debatte über sexistische Übergriffe und welchen Umgang wir als LINKE damit finden wurde auf dem Bundesparteitag in Erfurt begonnen. Erste Maßnahmen zur Verbesserung unserer Awareness-Strukturen wurden bereits ergriffen, weitere müssen und werden folgen. Die Debatte darüber, wie wir eine Partei werden, in der alle Genoss:innen sich wohlfühlen und in offenen Diskussionen ohne Angst unsere Politik entwickeln können, werden wir auch in Hamburg fortsetzen.

Dazu brauchen wir einen Landesvorstand, der sich als Team versteht und seine Aufgabe annimmt, politische Impulse von der Basis und aus den Bezirken aufzunehmen, seinerseits Impulse zu geben und Ziele und passende Maßnahmen zu entwickeln und voranzutreiben. Der sich dabei als Bindeglied zwischen dem Parteivorstand auf Bundesebene einerseits und den Hamburger Bezirksvorständen andererseits zwischen unseren Fraktionen in Bürgerschaft und Bezirksversammlungen und traditionellen sowie neuen Partner:innen von Gewerkschaften bis „Fridays For Future“ versteht. Der Landesvorstand der LINKEN Hamburg ist ein integratives Gremium, das in die Partei ermöglichend wirkt und sie nach außen bündnisfähig macht.

Unser Ziel ist es, die Gremien unseres Landesverbands auf die Entwicklung und Unterstützung von Aktivitäten auszurichten, konstruktiven Diskurs zu ermöglichen, Reibungspunkte zu glätten und Mehrarbeit unterschiedlicher Arbeitsgremien zu reduzieren.

Wir fordern den Landesvorstand dazu auf:

- Unter Einbeziehung der entsprechenden LAGen weitere Vorschläge zu erarbeiten und dem Landesparteitag vorzulegen, wie wir die Strukturen unseres Landesverbands verbessern und zu einem solidarischeren und diskriminierungsfreien Miteinander finden können.
- Die politische Bildungsarbeit und insbesondere die Neumitgliederarbeit in enger Kooperation mit den Bezirken wieder aufzunehmen und zu intensivieren.

- Unter Einbeziehung der Bezirke Vorschläge zu erarbeiten, wie wir unser Parteileben offener und attraktiver gestalten können, um niedrigschwellige Mitmachangebote zu schaffen und unsere Kampagnenfähigkeit zu stärken.

Gemeinsam mit den Menschen linke Politik gestalten

Eine der wesentlichen Ursachen für die derzeitige schlechte Lage der LINKEN besteht darin, dass die Menschen uns nicht mehr zutrauen, ihre Interessen zu vertreten und Veränderungen für sie durchzusetzen, die ihre Lebensverhältnisse verbessern. Unsere politischen Forderungen sind aktueller denn je, aber die politische Arbeit muss in Zukunft noch viel stärker darauf ausgerichtet sein, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Der Schlüssel dafür ist das Gespräch und gemeinsame Aktionen mit den Menschen. Eine zentrale Rolle werden dabei soziale Themen, aber auch der Klimawandel spielen.

Unser Ziel als Partei muss es dabei sein, eine starke LINKE mit einem zweistelligen Ergebnis zu werden – nicht als Selbstzweck, sondern damit sich die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern. Die kommenden Wahlen – Bezirksversammlungs- und Europawahl 2024 sowie Bürgerschaftswahl 2025 – spielen eine maßgebliche Rolle und müssen bereits jetzt in den Blick genommen werden. Wir sind es, die denen, die kein Gehör finden, eine Stimme verleihen. Es fehlt uns jedoch die Gestaltungsoption. Deshalb ist der Aufbau von Vertrauen im persönlichen Kontakt, sei es an den Haustüren, am Infostand, beim Sammeln von Unterschriften oder in örtlichen Initiativen so wichtig. Es ist die LINKE, die da ist, wenn´s brenzlig wird. Das bleibt im Gedächtnis hängen und wird uns helfen, uns vom Bundestrend unabhängiger zu machen. Solche Aktivitäten haben aber nicht. Nur eine Außen-, sondern auch eine Innenwirkung: Weg von der Selbstbeschäftigung hin zu einer neuen Gemeinsamkeit.

Um die Wirksamkeit dieser Strategie und damit auch unsere Kampagnenfähigkeit zu erhöhen, braucht es einen Landesvorstand, der das tatkräftig unterstützt. Die Bezirke dürfen mit ihren Aktivitäten nicht allein gelassen werden. Und es bedarf einer landesweiten Koordination der Aktivitäten, die aber auch die Eigenständigkeit der Bezirke respektiert.

Der neu gewählte Landesvorstand muss also gleich nach seiner Wahl zusammen mit den Bezirken und Stadtteilgruppen bzw. Basisorganisationen die kommenden Wahlen in den Blick nehmen und im Vorfeld eine Kampagne für das Jahr 2023 entwickeln, die sich inhaltlich an den drängendsten Problemen in Hamburg und methodisch am Gespräch und der Zusammenarbeit mit den Hamburger:innen orientiert.

Zeit für Zorn: Den sozialen Protest im „heißen Herbst“ organisieren

Die Krisenlösungsstrategie der Regierung mit der mehrfach umgeplanten Gasumlage, der Ablehnung einer Übergewinnsteuer und vollkommen unzureichenden Sozialpaketen läuft auf eine Enteignung kleiner und mittlerer Einkommen hinaus. Konzerne sollen weiter Gewinne fahren, während die Lohnabhängigen von explodierenden Gas- und Energiepreisen in Armut gedrückt werden. Dieser Klassenkampf von oben muss mit Klassenkampf von unten und energischen sozialen Protesten beantwortet werden. DIE LINKE wird sich aktiv in die Organisation der anlaufenden Protestbewegung einbringen und eine treibende Kraft in ihr sein. Hierzu wird sich die LINKE bei klarer Abgrenzung von rechts in entsprechenden Bündnissen einbringen, diese wo notwendig selbst initiieren und auch finanzielle Mittel für breit getragene Protestaktionen bereitstellen.

Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert:

- Sich organisatorisch und finanziell an Bündnissen für größere Sozialproteste in Hamburg zu beteiligen.
- Schnellstmöglich die Bezirksvorstände u. Fraktionen zu einer gemeinsamen Aktionsplanung für den Herbst zusammenzurufen, um, abgestimmt auf die größeren Bündnisdemonstrationen, eigene Protestaktionen zu planen und durchzuführen.
- Sich an bundesweit geplanten Vorhaben zum heißen Herbst zu beteiligen, entsprechendes Material zu ordern und ggf. um Hamburg spezifisches Material zu ergänzen.